



Kein Weg zurück

Foto: Karin Waringo

Die Regierung im Kosovo strebt nach Unabhängigkeit. Die internationale Gemeinschaft macht Minderheitenschutz zur Auflage. Doch den Aufnahmeländern ist mehr daran gelegen, Roma aus dem Kosovo schnellstmöglich dorthin wieder abschieben zu können. Folglich sind viele Seiten daran interessiert, die Bedrohung von Roma im Kosovo kleinzureden. Chachipe¹ ist eine internationale Lobby-Organisation, die hier im Interesse der Kosovo-Roma gegenhält. Ein Bericht zur verzwickten Lage zwischen Flucht und Abschiebung. Von Karin Waringo

Zehn Jahre ist es her, dass die Roma aus dem Kosovo vertrieben wurden. Wie viele Roma vertrieben wurden, ist heute schwer zu ermitteln, da es weder glaubhafte Informationen über die Zahl der Roma vor dem Krieg gibt, noch umfassende Statistiken über die Zahl der Flüchtlinge. Unmittelbar nach Kriegsende sprachen Roma-NGOs von 100.000 bis 150.000 vertriebenen Roma. Die Zahl der im Kosovo verbliebenen Roma ist unbekannt, dürfte aber bei knapp 10.000 Personen liegen. Unmittelbar nach dem Krieg wurden die Roma, zusam-

men mit den Serben, als deren Kollaborateure sie galten, zur Zielscheibe von Racheakten und ethnisch motivierter Gewalt. Ihre Siedlungen, die zum Teil schon seit Jahrhunderten bestanden, wurden abgebrannt und geplündert, ihre BewohnerInnen unter Androhung von Gewalt vertrieben, Frauen wurden vergewaltigt, Männer verschleppt und ermordet. Dutzende von Personen gelten bis heute als vermisst. Die meisten Menschen flohen damals in die Nachbarländer, wo sie oftmals monatelang in Zelten oder Bretterverschlägen ausharren mussten und zum Teil bis



Foto: Karin Waringo

heute ausharren. Die, die es sich leisten konnten, gingen in den Westen. Wie dramatisch diese Flucht verlief, zeigt ein Beispiel: Am 16. August 1999 kamen 105 Roma aus dem Kosovo ums Leben, als ihr Boot auf der Fahrt von Montenegro nach Italien im Mittelmeer versank.

In den kommenden Jahren kam es immer wieder zu Gewalt gegen Roma – sogenannten „Zwischenfällen“. Ein grausamer Höhepunkt waren die pogromartigen Ausschreitungen im Jahre 2004, nachdem kosovarische Medien eine Meldung verbreitet hatten, wonach KosovoSerben am Ertrinken von drei albanischen Jungen mitschuldig gewesen sein sollen. Mehr als 4.000 Personen, mehrheitlich Serben, aber auch Roma und Ashkali wurden damals vertrieben. 800 Häuser wurden zerstört. Die OSZE beklagt in einem kürzlich erschienenen Bericht, dass die Verantwortlichen für diese Ausschreitungen nicht angemessen zur Rechenschaft gezogen wurden. In der Tat wurde nur gegen knapp 400 Personen überhaupt Anklage erhoben, während etwa 50.000 Personen an den Pogromen teilgenommen hatten.

„Alle Flüchtlinge und Binnenvertriebene, die nach Kosovo zurückkehren wollen, müssen in der Lage sein, dies in Sicherheit und in Würde zu tun.“

Auch in den kommenden Jahren herrschte Gewalt und ein Klima der Angst. Im August 2005 besuchte ich zum ersten Mal den Kosovo. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Studentenfürer Albin Kurti, der als einer der Wortführer der Unabhängigkeitsbewegung gilt und bis heute den Abzug der internationalen Organisationen fordert, eine neue Welle der Gewalt angekündigt, die noch schrecklicher werde als die Pogrome des Vorjahres. Ziel dieser Androhungen war es, die internationale Gemeinschaft zu einer raschen und bedingungslosen Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovos zu bewegen, eine Forderung, die bis heute aktuell ist, wobei es immer wieder zu Angriffen auf Fahrzeuge und Einrichtungen der internationalen Organisationen kommt.

Unabhängigkeit an Rückkehr der Roma gebunden

Nach Ende des Krieges und mit der zunehmenden Diskussion um die Unabhängigkeit des Kosovos eröffnet sich für die Regierungen der Aufnahmeländer eine willkommene Möglichkeit, sich der unliebsamen Flüchtlinge zu entledigen. Ende 2003 einigten sich die Vertreter der UN-Zivilverwaltung mit Vertretern der Übergangsregierung des Kosovos auf die so genannten Kosovostandards, eine Liste von Bedingungen, die erfüllt werden müssen, bevor über eine Unabhängigkeit des Kosovos verhandelt werden kann. Unter diesen acht Standards ist auch die Rückkehr der Flüchtlinge, die in der Resolution des UN Sicherheitsrats, die nach Ende des Kosovokriegs angenommen wurde, festgeschrieben ist:

„Die Mitglieder aller Gemeinschaften müssen die Möglichkeit haben, voll und ganz am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Geschehen im Kosovo teilzunehmen, und dürfen nicht aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit in ihrer Sicherheit und Wohlbefinden gefährdet sein. Alle Flüchtlinge und Binnenvertriebene, die nach Kosovo zurückkehren wollen, müssen in der Lage sein, dies in Sicherheit und in Würde zu tun.“

Obwohl diese Forderung im Grunde genommen positiv ist, da sie nicht nur auf die Rechte der Vertriebenen, sondern auch generell auf die Einhaltung der Menschenrechte im Kosovo besteht, hat sie gerade für die Roma desaströse Folgen. Tatsächlich erscheint es plötzlich so, als ob die Minderheiten nach Kosovo zurückkehren müssten, damit der Kosovo seine Unabhängigkeit erhält. Flüchtlinge, die ich in Mazedonien getroffen habe, erklärten, sie seien Teil eines internationalen Experiments – ein Gefühl, das einen bis heute nicht loslässt, wenn man Erklärungen von PolitikerInnen liest, wonach Roma in den Kosovo

zurückkehren müssten, damit der Kosovo multiethnisch wird.

Ende 2007 verabschiedete die kosovarische Regierung zwei Dokumente: Die sogenannte „Readmission Policy“, d.h. die Politik zur Wiederaufnahme der Flüchtlinge, und die „Reintegration Strategy“, die Strategie zu ihrer Wiedereingliederung. Beide Dokumente wurden damals von der UN-Zivilverwaltung als wichtiger Schritt gepriesen, um einen umfassenden Rahmen für die Wiederaufnahme abgeschobener Flüchtlinge zu schaffen, wobei man dazu sagen muss, dass die Dokumente offensichtlich maßgeblich von VertreterInnen der internationalen Gemeinschaft vorbereitet und der Kosovoregierung nur noch zur Unterschrift vorgelegt wurden.

Begrenzte Aufnahmekapazitäten

Die Reintegrationsstrategie, die im Oktober 2007 von der kosovarischen Regierung verabschiedet wurde, beruht auf einer Haushaltsplanung für die Rückkehr von bis 5.000 Personen jährlich. Beim Lesen dieses Dokuments wird allerdings sehr bald klar, dass es vor allem aus politischen Willensbekundungen besteht, für die es weder die institutionellen Voraussetzungen gibt, noch entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. So heißt es beispielsweise, dass die Arbeitsmarktlage im Kosovo nach wie vor sehr angespannt sei und sich durch die Rückkehr der Flüchtlinge weiter verschärfen könnte. Es heißt auch, dass weder die Regierung, noch die Kommunen in der Lage seien, allen Bedürftigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Faktisch bleibt es dabei, dass RückkehrerInnen lediglich eine vorläufige Unterbringung für die ersten sieben Tage angeboten wird. Danach müssen sie selber schauen, dass sie eine Lösung finden, wie ein Vertreter des kosovarischen Sozialministeriums anlässlich der Abschiebung einer größeren Gruppe von Personen, Ende September 2009 mitteilte.

Wie eine solche Lösung aussehen könnte, sagt freilich niemand. Viele Häuser von Roma wurden nach ihrer Zerstörung nicht wieder aufgebaut, noch wurde alternativer Wohnraum bereitgestellt. Die Aufbauprojekte, die von der internationalen Gemeinschaften gefördert werden, konzentrieren sich sehr stark auf Kosovo-Serben, deren Rückkehr von der Regierung in Belgrad lautstark gefordert und gefördert wird. Kommunen sind oftmals nicht bereit, zurückkehrende Roma oder Ashkali aufzunehmen. Dies wird am Beispiel eines von der EU-Kommission geförderten Rückkehrprojektes in Rudesh bei Pec im Nordwesten des Kosovos klar, wo den ehemaligen BewohnerInnen ein

Alternativgrundstück mit dem Argument angeboten wurde, ihre zerstörten Häuser befänden sich in einer Schutzzone um ein serbisch-orthodoxes Kloster und könnten daher nicht wieder am gleichen Ort aufgebaut werden. Tatsächlich aber wurde dort, wo einst Ashkali lebten, ein albanischer Friedhof angelegt, was wohl der Hauptgrund ist, weshalb man an ihrer Rückkehr nicht interessiert ist.

Weder Arbeit noch politische Rechte

Der Kosovo gilt als das ärmste Land Europas. Fast die Hälfte seiner überaus jungen Bevölkerung ist arbeitslos. Lediglich der Bausektor boomt, sowie Teile des Dienstleistungssektors, der von der Präsenz der internationalen Gemeinschaft lebt. Im Zuge des Krieges und des anhaltenden Privatisierungsprozesses haben die meisten Roma ihre Arbeitsplätze bei öffentlichen Betrieben und Verwaltungen verloren. Heute macht ihr Anteil an den Beschäftigten von öffentlichen Betrieben weniger als 0,5 Prozent aus, mit Ausnahme der Müllabfuhr, wo die Roma mit 13,73 Prozent der Beschäftigten eindeutig überrepräsentiert sind. Auch die internationalen Organisationen beschäftigen kaum Roma. Wenn überhaupt, sind diese zumeist in Projekte eingebunden, die direkt oder indirekt mit der Rückkehr von Flüchtlingen verbunden sind, was zu Spannungen innerhalb der Gemeinschaft führt. Die meisten Roma leben von Gelegenheitsjobs und von den Hilfslieferungen der internationalen Organisationen. Mehr als jede andere Bevölkerungsgruppe des Kosovos sind sie auf die Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland angewiesen.

Unter den Befürwortern der Unabhängigkeit des Kosovo hört man immer wieder, dass der Kosovo ein sehr fortschrittliches rechtliches Rahmenwerk habe, das auch einen weitgehenden Schutz der Minderheitenrechte gewährleiste. Wir haben mehrfach und bereits während der öffentlichen Beratungen um die neue Verfassung des Kosovo, die nach der Unabhängigkeitserklärung verabschiedet wurde, darauf hingewiesen, dass die Rechte der kleinen Minderheiten keineswegs garantiert sind. In der Tat sind viele Bestimmungen der Verfassung, die sich auf so genannte Minderheitenrechte beziehen, wie etwa muttersprachlichen Unterricht oder auch die Möglichkeit, die eigene Muttersprache im Umgang mit der Verwaltung zu benutzen, an Machbarkeitskriterien gebunden und hier hängt es zuletzt vom politischen Willen der zuständigen Behörden ab, ob sie diese Bestimmungen umsetzen. Die Roma sind hierbei nicht nur zahlenmäßig benachteiligt, sondern auch dadurch, dass sie keine politische Unterstützung haben. Das sieht man z.B. daran, dass das Kosovoamtsblatt in den zwei offiziellen Sprachen und Englisch,

Karin Waringo
ist promovierte
Politologin und
Expertin für Süd-
osteuropa. Sie ist
Vorsitzende der
Menschenrechtsve-
reinigung *Chachi-
pe*, die sich für die
Rechte der Roma
einsetzt.
<http://romarights.wordpress.com/>

sowie zusätzlich in Türkisch und Bosnisch erscheint, nicht aber in Romanes, obwohl die Zahl der Personen, die Romanes sprechen, vermutlich auch heute noch größer ist als die Zahl derer, die eine der beiden anderen Sprachen sprechen. Der Punkt mag für Außenstehende zweitrangig erscheinen. Allerdings ist absehbar, dass das Romanes, das ein wesentliches Element der Identität der Roma darstellt, heute im Kosovo vor dem Aussterben steht.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass man weder den Roma noch den anderen kleinen Minderheiten die Möglichkeit lokaler Selbstverwaltung zugestanden hat, die man den Kosovoserben garantierte. Angesichts der Tatsache, dass Konflikte gerade in den Kommunen auftreten, ist es vollkommen unverständlich, dass es auf kommunaler Ebene keine festgeschriebenen Quoten für MinderheitenvertreterInnen gibt und die Posten für stellvertretende BürgermeisterInnen – die auch für Sicherheitsfragen zuständig sind – jeweils nur den VertreterInnen der größten lokalen Minderheit vorbehalten sind, was in der Regel die Serben sind.

Roma von Gewalt bedroht

Als wesentliches Argument für die so genannte Rückführung von Roma gilt, dass sich ihre Sicherheitslage weitgehend normalisiert habe und keine nennenswerten, ethnisch motivierten Angriffe auf Roma verzeichnet worden seien. Das Problem ist, dass es keine objektive Bestandsaufnahme über die Sicherheitslage im Kosovo gibt. Diese ist allzu offensichtlich politisch gefärbt und auch hier zeigt sich wieder, dass die Roma keine Lobby haben, die auf ihre Probleme hinweist. Was für uns erschreckend ist, ist die Feststellung, dass die internationalen Organisationen sich inzwischen weitgehend auf die Berichte der Kosovopolizei stützen, wenn sie über so genannte „Zwischenfälle“ berichten. Die Gewalt gegen Roma wird bagatellisiert und in Nachbarschaftskonflikte oder Verwicklung in Schwarzmarktgeschäfte umgedeutet. Unsere Forderung an die internationalen Organisationen einen unabhängigen Bericht über diese Zwischenfälle zu erstellen, lief ins Leere. Das Einzige, was wir bisher erreicht haben, ist, dass einige Zwischenfälle im Bericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat erwähnt wurden, wobei keine Aussagen über mögliche Hintergründe getroffen werden. In der Vergangenheit wurden solche Berichte systematisch ausgeklammert.

Nachdem wir unseren Bericht veröffentlicht hatten, erhielten wir weitere Meldungen über Zwischenfälle in Gnjila-

ne, Urosevac und Kosovska Mitrovica. Internationale Organisationen wollten diese Informationen nicht bestätigen. Allerdings teilte uns ein langjähriger Mitarbeiter einer dieser Organisationen informell mit, dass es in der Vergangenheit immer wieder zu Zwischenfällen gekommen sei, dass die Roma jedoch Angst hätten, über diese Zwischenfälle zu berichten.

Während der Vorbereitung dieses Beitrages erreichte mich der Anruf eines Mannes aus Obilic. Er verließ den Kosovo, nachdem er angegriffen und seine Frau vergewaltigt wurde. Dies geschah weder 1999, noch 2004, sondern vergangenes Jahr. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, weil er keine Beweise vorlegen konnte. Zur Polizei war er nicht gegangen, weil er Angst hatte.

Keine Abschiebungen in den Kosovo!

Ich komme wieder auf meinen Anfang zurück, die Vertreibung der Roma aus dem Kosovo. Diese Vertreibung war kein Teil der Kriegshandlungen. Sie erfolgte erst nach dem Krieg, als der Rückzug der jugoslawischen Armee ein Machtvakuum hinterließ, in das die internationale Gemeinschaft viel zu zögerlich und vollkommen unvorbereitet einsprang.

In den vergangenen Jahren ist nichts gemacht worden, um eine Rückkehr der Roma und anderer kleinerer Minderheiten zu ermöglichen. Die internationale Gemeinschaft hat ihre Politik weitgehend an den Interessen der kosovarischen Elite und der Regierung in Belgrad ausgerichtet. 2005 wies der UN-Sonderbeauftragte Kai Eide darauf hin, dass die kleineren Minderheiten im Kosovo drohten, weiter an den Rand gedrängt zu werden. Er fügte hinzu, dass sie in einigen Fällen bereits assimiliert wurden. Trotzdem geschah nichts, um diesen Prozess aufzuhalten.

Roma in den Kosovo abzuschieben ist zynisch und blind. Im Kosovo gibt es niemanden, der auf sie wartet. Als Kriegspartei und Teilnehmer der internationalen Friedensmission hat Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber diesen Menschen, die durch den rassistischen Völkermord an Sinti und Roma während des Zweiten Weltkriegs noch um eine historische Dimension erweitert wird.<

Dieser Artikel ist auf Grundlage einer Rede von Karin Waringo, gehalten in Göttingen und Berlin am 29. und 30. Oktober 2009, entstanden.

¹ <http://romarights.wordpress.com>